

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 79. Ratssitzung vom 11. Dezember 2019

Gemeinsame Behandlung der Weisung GR Nr. 2019/388, Antrag 012 und Postulat GR Nr. 2019/509

Gemeinsame Behandlung der Anträge 012. und 013. (Postulat GR Nr. 2019/509).

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Yasmine Bourgeois (FDP) begründet den Antrag der Mehrheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1942/2019): Wir stehen vor grossen Herausforderungen. Die Ausgaben in den Bereichen Gesundheit, Alterspflege, Sicherheit und Bildung werden in den kommenden Jahren schnell ansteigen. Deshalb brauchen wir neue Wege. Durch die Digitalisierung können wir die Verwaltungsprozesse vernetzen. Durch Smart-Government können wir die Bürokratielasten von Verwaltung, Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen verringern. Durch Open-Government kann die Gesellschaft an den Informationen von Verwaltung und Politik teilhaben. Die Universität St. Gallen hat zusammen mit dem Beratungsunternehmen PriceWaterhouseCoopers (PWC) einen Leitfaden dazu erstellt, wie Führungskräfte aus Politik und Verwaltung das Smart-Government in der Schweiz fördern können. Darin wird das enorme Potenzial von Smart-Government für die öffentliche Verwaltung und ihre Anspruchsgruppen ersichtlich. Ich kann Ihnen ein paar aufschlussreiche Beispiele nennen. Sie sehen ein Potenzial von 15–20 Prozent Einsparungen durch Prozesseffizienz. 30–40 Prozent Einsparungen wären durch tiefere Fehler- und Betrugsquoten möglich. Bei der Polizei könnte gar mit 8–10 Prozent weniger Todesfällen gerechnet werden. Bei der benutzerfreundlicheren und effektiveren Gestaltung öffentlicher Dienstleistungen und interner Prozesse sehen sie gar ein Potenzial von 50–60 Prozent an Zeitersparnis für Bevölkerung und Verwaltung und 120 Millionen jährliche Einsparungen für Unternehmen in der Schweiz. Das sind die Möglichkeiten. Die Stadt ist auf die Frage der FDP nach vereinfachten Prozessen in der Verwaltung gar nicht eingegangen. Auf die Frage, wie viele Stellen zukünftig eingespart werden könnten, war die Antwort, dass im Rahmen der Smart City-Strategie nicht vorgesehen sei, Stellen einzusparen. Dies hat die FDP mit der Rückweisung der Smart City-Strategie vorausgesehen. Die Stadt will gar nicht effizienter werden. Als die UBS Bankomaten eingeführt hat, hat sie viele Filialen geschlossen. Als Online-Banking eingeführt wurde, hat sie massiv Stellen eingespart. Warum sollte die Stadt Zürich dies nicht können? Die Stadt ist es den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern schuldig, haushälterisch mit ihrem Geld umzugehen. Wir gehen beim Antrag 012. von der Mehrheit zur Minderheit 2. Die FDP fordert, einen klaren Nutzen aus den technologischen Möglichkeiten zu ziehen und einen Bericht über die Umsetzungsstrategie des Stadtrats.

Felix Moser (Grüne): Die Grünen stellen den Antrag, die befristete Stelle für die Nexpo zu streichen und dem Gemeinderat zuerst eine Weisung über die Nexpo vorzulegen.

Wir sind nicht gegen die Nexpo. In den letzten Jahren haben wir aber ein paar Anlässe in dieser Stadt erlebt, die wir nicht als besonders nachhaltig und unterstützenswürdig empfanden. Vor allem konnte der Gemeinderat jeweils nicht mitreden. Ein Beispiel dafür ist das Formel E-Rennen. Da konnten wir uns nur über das Budget äussern, der Rest wurde einfach organisiert. Ein grosser Teil der Bevölkerung und wir Grünen wollten dieses Rennen nicht und wir hätten gerne darüber eine Diskussion geführt. Im Nachhinein wurde klar, dass von den Versprechungen bezüglich der Nachhaltigkeit oder dem Schub für CO₂-freie Mobilität nicht viel übriggeblieben ist. Ein anderes Projekt ist die völlig zweckfreie ZKB-Seilbahn, die niemand braucht und die nur die Natur schädigt. Wir möchten darüber diskutieren, was aber nicht möglich ist. Vom «Züri Fäscht» will ich gar nicht reden, das war wirklich kein nachhaltiges Fest. Auf dem Sekretariat der Grünen Partei hatten wir noch nie so viele Telefone und E-Mails bekommen wie nach diesem Fest mit der Rückmeldung, dass es nicht so weitergehen könne mit der Eventitis in dieser Stadt. Jetzt kommt noch die Nexpo, über die es noch nicht viele Informationen gibt. Zehn Städte wollen sie gemeinsam organisieren. Wir haben die Präsentation bekommen, die auch in der Spezialkommission gezeigt wurde. Für Zürich ist dort die Street Parade abgebildet, die mit Menschen überfüllte Quaibrücke. Wir Grünen könnten uns mit einer wirklich nachhaltigen Expo vermutlich anfreunden. Aber im Moment wissen wir noch zu wenig, was geplant ist. Wir wollen sicher keinen kommerziellen Anlass, keine Menschenmassen, Bratwurst und Bierdosen; kein zweites «Züri Fäscht» und keine zweite Street Parade. Deshalb möchten wir zuerst im Gemeinderat über die Nexpo diskutieren, bevor wir weiteres Geld und weitere Stellen bewilligen. Die Stadt Zürich, insbesondere auch die Innenstadt, soll kein Freiraum für solche Anlässe sein, wir hatten in den letzten Jahren genug davon.

Alan David Sangines (SP): *Wir sind mitten in der Nexpo-Diskussion. Deshalb ist es wichtig, zu wissen, was mit der Nexpo gemeint und geplant ist. Seit 1883 finden in der Schweiz immer wieder Landesausstellungen statt. Die letzte Expo hat 2002 stattgefunden und über 10 Millionen Besucherinnen und Besucher angezogen. Seither hat es viele gescheiterte Versuche gegeben. Im Jahr 2017 haben sich zehn Schweizer Städte darauf geeinigt, im Jahr 2023 eine Expo durchzuführen. Die Städte haben diesem Projekt den Namen Nexpo gegeben. Sie soll sich in verschiedener Hinsicht von vergangenen Expos unterscheiden. Sie soll partizipativ sein und dezentral durchgeführt werden, also in allen Sprachregionen, in den Städten, Agglomerationen und auf dem Land. Die Nexpo soll auch die Frage nach dem Zusammenleben in der Schweiz im 21. Jahrhundert stellen, wo sich alle mit Identität, Rahmenbedingungen und der Zukunft der Schweiz auseinandersetzen sollen. Zudem soll sie gesellschaftliche und technologische Entwicklungen berücksichtigen und einen respektvollen Umgang mit den Ressourcen fördern, also vor allem aus städtisch-progressiver, aber auch aus grüner Sicht ein sehr interessantes Projekt. Um dieses Ziel weiterzuverfolgen, haben die zehn Städte 2018 darum den Verein Nexpo gegründet. Alle Stadtpräsidentinnen und -präsidenten der zehn beteiligten Städte sitzen im Vorstand, der von der Stadt Zürich präsiert wird. Alle Städte beteiligen sich finanziell anhand ihrer Bevölkerungszahl. Geplant sind vier Phasen. In der Lancierungsphase wird die Nexpo zwischen 2018–2020 inhaltlich entwickelt. In der Fundierungsphase von 2020–2022 wird definitiv entschieden, ob die Nexpo zur nächsten Landesausstellung wird. In der*

daraufliegenden Phase soll die Nexpo dann umgesetzt und durchgeführt werden. Die Ausgaben der Stadt Zürich bis und mit Abschluss der Fundierungsphase belaufen sich auf 1,3 Millionen Franken. Dies liegt noch in der Ausgabekompetenz des Stadtrats. Darum hat der Stadtrat in einem Stadtratsbeschluss den finanziellen und personellen Beitrag für den Verein bis zur Fundierungsphase beschlossen. Das Präsidialdepartement hat die entsprechende Gemeinderatskommission seit letztem Jahr zweimal ausführlich über die Nexpo informiert. So viel ich weiss, ist diese Präsentation und die Idee auch bei Vertreterinnen und Vertretern der Grünen auf Interesse gestossen. In der Fundierungsphase, die jetzt stattfinden soll, sollen alle Grundlagen vorbereitet werden, die dann einen fundierten Entscheid zulassen, ob die Nexpo auch wirklich durchgeführt wird. Ich verzichte auf die Aufzählung aller dazugehörenden Arbeiten. Erwähnen möchte ich aber, dass von Bund und Kantonen, aber auch vom Lotteriefonds und Privaten finanzielle Beteiligung hereingeholt werden soll. Wie Stefan Urech (SVP) vorher richtig erkannte: Dies kann nicht nebenbei aufgegleist werden. Dafür hat die Stadt eine befristete Projektstelle bei der Stadtentwicklung beschlossen. Eine Minderheit des Gemeinderats möchte diese Stelle nun streichen mit der Begründung, dass zuerst eine Weisung an den Gemeinderat gelangen soll. Wir verstehen dies in dem Zusammenhang nicht ganz. Der Stadtrat hat den Gemeinderat jeweils transparent und zeitnah über die einzelnen Etappen der Nexpo informiert. Die Fundierungsphase soll ja gerade dazu dienen, alles vorzubereiten, damit der Gemeinderat dann einen fundierten Entscheid über die Durchführung der Nexpo fällen kann. Wenn wir jetzt eine Weisung verlangen, wäre das eine Weisung, die hauptsächlich Fakten schafft für eine spätere Weisung, die dann die Fakten beinhaltet. Dies ist nicht effizient. Den Wunsch der Grünen und der AL nach einer Weisung an den Gemeinderat teilen wir. Diese Weisung wird auch kommen, sobald die Fakten vorliegen, die uns die Entscheidungsgrundlagen für die Behandlung liefern. Felix Moser (Grüne) bemängelte, dass wir zu diesem Projekt noch nichts zu sagen hatten. Die Weisung wird kommen, und die Grundlagen und die Fakten für eine Diskussion werden unter anderem von dieser Stelle geschaffen. Wir finden, die Nexpo tönt nach einem spannenden Projekt, die von zehn Städten getragen wird und die für die Weiterentwicklung finanzielle Mittel sprechen. Die Stadt Zürich ist eine der Initiatorinnen der ersten Stunde. Es wäre für unsere Stadt peinlich, wenn wir die befristete Stelle nicht sprächen. So hätten wir die spannende Idee zwar lanciert und das Präsidium des Vereins inne, aber nicht die notwendige Personalkraft zur Verfügung. Deshalb bitten wir um Zustimmung zum Antrag der Minderheit 1.

Walter Angst (AL) stellt namens der AL-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: *Ich habe zuerst eine Frage an Felix Moser (Grüne). Alan David Sangines (SP) hat richtig erklärt, dass eine Weisung zur Nexpo gar nicht möglich ist. Willst du eine Weisung über 300 000.– Franken für eine zweijährige Projektstelle bei der Stadtpräsidentin? Die Gesamtweisung kommt, wenn das Projekt ausgearbeitet ist. Damit unterliegt ihr zusammen mit den Grünliberalen einem Grundlagenirrtum. Natürlich kann man den Stadtrat zwingen, uns eine Weisung zu geben, aber ich möchte hier drin nicht über Weisungen über 300 000.– Franken sprechen müssen. Ich kann den Nutzen dieses Postulats, das nichts mit dem Antrag zu tun hat, nicht nachvollziehen. Ihr wollt wahrscheinlich STR Daniel Leupi dazu zwingen, aufzuzeigen, dass er Stellen abbaut durch*

Digitalisierungsprojekte. Dies wird jedoch nicht gelingen, sondern nur zu mehr Aufwand bei der Verwaltung führen. Das sollten wir uns sparen.

Weitere Wortmeldungen:

Shaibal Roy (GLP): *Lieber Walter Angst (AL), ich muss präzisieren. Wir wollen eine Weisung über die Nexpo, es geht hier nicht lediglich um 300 000.– Franken, das ist eine Riesenkiste. Wir wollen nicht generell keine Stellen mehr schaffen. Wir betrachten jede Stelle differenziert und wollen diese konkrete Stelle nicht sprechen. Wir könnten uns vorstellen, dass dieses Prestigeprojekt der Stadt und der Stadtpräsidentin auch direkt bei der Stadtpräsidentin angesiedelt wäre und nicht bei der Stadtentwicklung. Das Pensum, das es für diese Erarbeitung braucht, könnte durchaus absorbiert werden, ohne neue Stellen zu schaffen. Dies ist unsere Begründung. Wir wollen nächstes Jahr eine Weisung zur Nexpo, aber dafür braucht es diese Stelle nicht.*

Raphaël Tschanz (FDP): *Nachdem Alan David Sangines (SP) ein fünfminütiges Plädoyer für das Nexpo-Projekt gehalten hat, sehe ich mich fast dazu gedrängt, das gleiche für das Konkurrenzprojekt – X27 – zu tun. Das Projekt X27 ist dem Nexpo-Projekt sehr ähnlich. Es ist auch dezentral und eine Bewegung. Man wird den Eindruck nicht los, dass das Nexpo-Projekt einfach eine persönliche Herzensangelegenheit unserer Stadtpräsidentin ist. Ich finde, wenn schon öffentliche Gelder im grossen Stil eingesetzt werden, um ein Projekt zu konkurrenzieren, das vor allem durch private Gelder finanziert ist, soll dies auch gesagt werden. Ich lese deshalb das Konzept des Projekts X27 vor und rege an, dass wir uns als Stadt überlegen, ob wir nicht dieses Projekt unterstützen sollten. Meine Vorstellung wäre eine Fusion beider Projekte und eine Kräftebündelung, statt sich mit öffentlichen Geldern zu konkurrenzieren. Bei diesem Projekt X27 handelt es sich um eine völlig neue Form einer Landesausstellung. «X27 beginnt bereits heute und erzielt Wirkung über das Jahr 2027 hinaus. Die Landesausstellung setzt sich auseinander mit unserer Zukunft als Menschen, als Gesellschaft, als Schweiz. Die Schweiz ist ein Land voller Potenzial und Pioniere. Hier leben Menschen, die über die Zukunft nachdenken. Hier gibt es Institutionen, die an der Zukunft arbeiten. Hier möchten Gemeinschaften unsere Zukunft mitgestalten. Die X27 will diese Kräfte bündeln und die gesamte Bevölkerung in die Diskussion über die gemeinsame Zukunft miteinbeziehen. In den nächsten Jahren identifiziert, vereint und begleitet die X27 Projekte und Engagements im ganzen Land. Dies geschieht über verschiedene Rendez-vous, die dezentral in allen Landesteilen stattfinden, über eine schweizweite digitale und reale Plattform, welche die Projekte versammelt, vernetzt und sichtbar macht und dem einen gesamtschweizerischen Rendez-vous mit der Zukunft im Jahr 2027. Die X27 ermöglicht den Bewohnerinnen und Bewohnern der Schweiz, unsere gemeinsame Zukunft mitzugestalten mit all ihren alltäglichen ethischen und menschlichen Konsequenzen. Es geht dabei um nichts weniger als die Aushandlung eines neuen Selbstverständnisses und einer neuen Art des Zusammenlebens angesichts grosser, bereits stattfindender Umwälzungen.» Ich finde, das Konzept passt wunderbar zur Stadt Zürich. Ich würde von der Stadtpräsidentin gerne wissen, ob sie nicht die Anregung zumindest prüfen möchte, beide Projekte zu fusionieren zugunsten einer grossen gemeinsamen Landesausstellung unter Mitwirkung der Stadt Zürich.*

Felix Moser (Grüne): Wir werden das Postulat ablehnen, die Ablehnung wurde aber etwas kurz begründet. Zu Walter Angst (AL): Wir wollen zuerst wissen, worum es bei der Nexpo geht, bevor wir Stellen bewilligen. Zum Postulat ist mir als erstes aufgefallen, dass es eine Rückschau fordert. Wir sind aber der Ansicht, dass dies verfrüht ist. Soviel ist in dieser Stadt bezüglich Smart Government noch nicht passiert. Inhaltlich fehlen uns zwei wesentliche Dinge. Erstens verstehen wir unter Smart Government zu einem grossen Teil auch aktive Partizipation der Mitbürgerinnen und Mitbürger. Die Aspekte Mitsprache und Teilhabe fehlen hier jedoch gänzlich. Den Postulantinnen geht es lediglich um das Sparen und Rationalisieren von Abläufen. Es gibt beispielsweise Städte, die ein partizipatives Budget haben, dies könnte auch in Zürich angegangen werden. Der zweite inhaltliche Aspekt, der uns fehlt: Teile der Bevölkerung sind nicht immer mit dem Smartphone unterwegs. Diese Menschen werden von all den spannenden Ideen nicht profitieren. Ein Bericht über Smart Government müsste aus grüner Sicht unbedingt den Auftrag haben, die Verliererinnen und Verlierer dieser Entwicklung – beispielsweise ältere oder beeinträchtigte Menschen – abzuholen. Wir können es uns nicht leisten, alles zu digitalisieren und im gleichen Zug Service Public und Dienstleistungen in den Quartieren abzubauen. Wir brauchen lebendige Quartiere, es kann nicht alles digitalisiert werden. Über diesen Aspekt muss unbedingt auch berichtet werden. Weil diese beiden Punkte fehlen, können wir dem Postulat nicht zustimmen.

Alan David Sangines (SP): Die Begründung der GLP kann ich aus eurer Perspektive nachvollziehen. Was ich immer noch nicht verstehe: Wie stellen sich denn die Grünen diese Weisung vor? Walter Angst (AL) und ich haben euch erklärt, dass die Weisung, die ihr wünscht, kommen wird. Aber damit diese Weisung kommen kann, müssen zuerst Fakten dafür geschaffen werden. Eure offenen Fragen müssen zusammengetragen werden, es muss gefragt werden, wer am Projekt beteiligt ist, was ein schonender Umgang mit Ressourcen bedeutet oder wie die gesellschaftliche Entwicklung der Städte miteinbezogen wird. All dies muss ausgearbeitet werden. Was bis jetzt vorliegt, wurde in der Kommission bereits zweimal ausführlich diskutiert. Felix Moser (Grüne), in der Weisung, die jetzt geschaffen würde, würde lediglich stehen, dass man eine befristete Projektstelle schaffen möchte, um die Fakten zu schaffen für eine Weisung, über die wir dann inhaltlich diskutieren können. Es wäre ein kompletter Leerlauf. Ich teile eure Bedenken bezüglich Seilbahn und wir wollen beim Projekt auch mitreden. Für uns ist nicht klar, dass wir die Nexpo zu 100 Prozent unterstützen werden. Aber für die inhaltliche Diskussion müssen wir die befristete Stelle schaffen.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: Es steht viel spekulatives im Raum, sodass ich mich gerne mal zu diesem Thema äussern möchte. Zuerst zum Postulat: Der Stadtrat ist bereit, dieses entgegen zu nehmen. Ich möchte aber etwas richtigstellen. Wir stehen mit der Smart-City-Strategie noch ganz am Anfang. Das Team wird ab Anfang Januar 2020 komplett sein. Wir können Ihnen zum heutigen Zeitpunkt noch nicht sagen, wo die Effizienzgewinne liegen werden, wie wir zu Innovationen kommen und welche Auswirkungen diese bezüglich der Effizienz haben werden. Wenn Sie die Smart-City-

Strategie gelesen haben, wissen Sie, dass wir damit nicht nur Innovation und Effizienzgewinn anstreben. Wir sind gerne bereit, Ihnen Bericht zu erstatten, auch bezüglich der Hinweise, die von den Grünen kamen. Zum Thema Nexpo: Dies ist ein hochanspruchsvolles Projekt, das die zehn grössten Schweizer Städte zusammen initiiert haben. Es sind acht Kantone involviert und wir sind auch mit dem Bund bereits im Gespräch, der ebenfalls Interesse signalisiert hat. Zu den zehn Städten sind weitere Städte dazugestossen. Es handelt sich um ein gänzlich neues Format einer Landesausstellung. Es sind alle Landesteile und alle Sprachregionen involviert. Es soll kein einmaliger Megaevent sein. Das Projekt basiert auf drei Grundsätzen: Es ist evolutiv, das heisst, es finden jetzt schon Projekte statt und im Jahr 2028 wird es einen Höhepunkt geben. Es ist dezentral, das ist in der Struktur angelegt. Es ist ein breit angelegtes, partizipatives Projekt. Es geht um die zentrale Frage, wie wir im 21. Jahrhundert zusammenleben wollen. Ich danke Raphaël Tschanz (FDP) auf den Hinweis auf das Projekt X27. Dieses hatte die Idee, auf dem Flughafen Dübendorf eine zentrale Show zu zeigen, die sich um das Thema Innovation dreht. Wir hatten die Möglichkeit, beide Projekte im Regierungsrat zu präsentieren. Das Projekt konnte den Stadtpräsidenten von Winterthur und mich nicht überzeugen. Wir wollen uns von dieser klassischen Idee der Landesausstellung verabschieden. Wir wollen keinen riesigen Event und die dezentrale Ausrichtung würde bedeuten, dass nicht wie bei früheren Expos sehr viel Geld in Infrastruktur investiert werden müsste. Die kommenden Jahre sollen in diesem evolutiven Prozess zeigen, wie sich die Nexpo konkretisieren wird. Alan David Sangines (SP) hat die Phasenaufteilung bereits ausgeführt. Der Verein Nexpo moderiert die verschiedenen Phasen in diesem Prozess, der von den beteiligten Städten getragen wird. Wir wollen uns in die Projektentwicklung involvieren, was sehr aufwändig ist. Wir beantragen Ihnen diese für die Fundierungsphase befristete 80%-Stelle, damit wir diese Grundlagen aktiv erarbeiten können. Dies ist aus bestehenden Ressourcen nicht möglich. Bezüglich der Finanzierung ist klar, dass sich die Kantone und der Bund beteiligen werden müssen. Bezüglich der Mitsprache des Gemeinderats: Wir sind uns dieses Interesses bewusst, wir haben deshalb auch zweimal ausführlich in der Spezialkommission informiert, diskutiert und Inputs aufgenommen. Wir haben Pilotprojekte vorgestellt, die jetzt erarbeitet werden. Ein wichtiges davon ist der so genannte «Nexplorer». Der knüpft an der Landesausstellung der 1960er-Jahre an, wo es eine so genannte Gulliver-Umfrage gab, die Werte und Meinungen abholte und in die Entwicklung des Projekts einbezogen wurden. Heute tun wir dies mit anderen, interaktiven Mitteln. Ein anderes Projekt, das jetzt schon aufgestartet wird, ist die digitale Allmend. Das Ziel ist, mit diesem partizipativen Prozess für die Schweiz neue Wahrzeichen zu finden. Dieses Projekt ist weit weg von Anlässen wie dem «Züri Fäscht» oder der Formel E. Ich möchte, dass sich die Stadt Zürich in der anstehenden Fundierungsphase einbringen kann. Wenn wir die Ressourcen dafür nicht haben, wird dies sehr schwierig. Es heisst Fundierungsphase, weil wir eben die Grundlagen erarbeiten und weiterentwickeln möchten, die wir für die Weisung brauchen, damit wir über die nächste Phase entscheiden können. Die jetzige Frage liegt unter der Zweimillionen-Grenze, das heisst, wir können Ihnen keine Weisung präsentieren über etwas, was in unserer Kompetenz liegt. In der nächsten Phase wollen und müssen wir aber mit einer Weisung in den Gemeinderat kommen. Wir bitten Sie, die Stelle zu genehmigen.

Weitere Wortmeldungen:

Isabel Garcia (GLP) stellt folgenden Textänderungsantrag: Ich komme nochmals zum Postulat zurück. Die GLP teilt das Anliegen der Vereinfachung von Verwaltungsabläufen durch die Digitalisierung und das im Postulat formulierte Ziel, dass die damit verbundenen Kosteneinsparungen dokumentiert werden sollten. Wir wollen allerdings aus Effizienz- und Transparenzgründen, dass zur Dokumentation der Fortschritte nicht einen zusätzlichen Bericht erstellt wird, sondern dass die Berichterstattung einmal pro Jahr im Rahmen des stadträtlichen Geschäftsberichts erfolgt. Wir schlagen deshalb eine Textänderung vor. Das Postulat würde demzufolge im ersten Satz folgendermassen lauten: «Der Stadtrat wird aufgefordert, einen im Rahmen seines Geschäftsberichts Bericht zu erstatten,...».

Stefan Urech (SVP): Wir sprechen hier über zwei Themen, einerseits über die Nexpo, andererseits über die Smart City. Zuerst zur Nexpo: STP Corine Mauch hat ihren Wunsch ausgeführt, dass sich die Stadt Zürich im Verein Nexpo einbringen kann. Das beschreibt nicht ganz das, was die Stadt Zürich tut. In der Kommission bekam ich den Eindruck, dass die Nexpo ein Projekt der Stadt Zürich ist. Dies wurde verneint. Aber wenn man sich die Vereinsstruktur genauer anschaut, bestätigt sich dieser Eindruck. Die Präsidentin des Vereins ist STP Corine Mauch. Vorsitzende der Geschäftsführung ist Nationalrätin Céline Widmer (SP). Heute Abend haben wir noch den Präsidenten des Fanclubs kennen gelernt, Alan David Sangines (SP). Vielleicht haben Sie Recht, dass das nicht ein Projekt der Stadt Zürich ist, sondern eines der SP Zürich. Ich weiss nicht, wie viel Interesse an einer von drei SVP-Vertretern organisierten Landesausstellung bestehen würde. Die zusätzliche Stelle bestätigt unsere Vermutung, dass die Stadt Zürich den Lead bei der Nexpo übernehmen möchte. Wir sind gegen diese zusätzliche Stelle. Ich habe die Debatte über die Smart City, die vor ungefähr drei Jahren von Christoph Luchsinger (FDP) und Isabel Garcia (GLP) eingereicht wurde, nochmals etwas genauer angeschaut. Severin Pflüger (FDP) und die SVP haben damals schon gewarnt, dass damit die Büchse der Pandora geöffnet werde. Eine smarte Stadt wird keine Effizienzgewinne zur Folge haben, sondern Stellenwachstum. Wir haben durchaus Sympathien für den Vorstoss von Yasmine Bourgeois (FDP), auch wenn ich mich nicht auf die Lektüre eines solchen Berichts freue. Die Textänderung der GLP erstaunt nicht sehr, denn wenn dieser Bericht irgendwo in den 550 Seiten des Geschäftsberichts untergebracht ist, kann darauf gehofft werden, dass er darin untergeht. Ein spezifischer Bericht würde mehr Klarheit bieten. Wir unterstützen das Postulat.

Walter Angst (AL): Wir schwenken zu den Grünliberalen, damit wir in diesem Rat eine klare Mehrheit dafür haben, dass die Nexpo mit bestehenden Mitteln vorbereitet wird. Im Budget sind 4,5 Millionen Franken bei der Stadtentwicklung. Wir hoffen, dass es die Stadtpräsidentin schafft, das Projekt auszuarbeiten und eine Weisung zur Umsetzung der Nexpo bringt und nicht auf den grünen Vorschlag eingeht. Wir sind überzeugt, dass die Nexpo so an Fahrt aufnehmen kann.

Dr. Davy Graf (SP): Ich finde diese Diskussion unmöglich. Ich weiss nicht, was Walter

Angst (AL) meint mit dem Schwenken zur GLP. Die GLP und die Grünen haben ja den gleichen Antrag gebracht. Sie haben nun einen metaphysischen Bogen gezogen und versuchen, das auseinanderzubeineln. Die FDP müsste sich wohl in einer ruhigen Minute nochmals das Votum von Felix Moser (Grüne) anhören und sich fragen, ob sie die Festphilosophie der Grünen teilt. Die Grünen müssten zuhören, was die FDP mit X27 gesagt hat. Wir haben heute Abend nicht viel gelernt über die Landesausstellung, über das, was das Parlament eigentlich wünscht. Die FDP hat sogar noch ein Begleitpostulat zu ihrem eigenen Antrag gemacht. Der Antrag über die 362 000 Franken war anscheinend so wichtig, dass Ihr schon im Eintretensvotum opportunistisch auf die Minderheit 2 geschwenkt seid und damit das Postulat ad absurdum geführt habt. Das Postulat ist damit hinfällig. Ich bin froh, hat unsere Stadtpräsidentin bereits Schritte unternommen. Denn offensichtlich ist dieses Parlament nicht fähig, einen grossen Bogen zu denken. Ich hoffe, dass die Nexpo trotz der merkwürdigen Schwenker nach links und rechts in Fahrt kommt. Ich freue mich auf eine fundiertere Debatte über das Projekt, wenn die Weisung dann hier ist.

Yasmine Bourgeois (FDP) ist mit der Textänderung einverstanden: *Das Postulat macht sehr wohl Sinn, es will genau das, was beispielsweise die AL mit ihrem Schwenker zur GLP auch will. Es geht uns darum, dass durch die Digitalisierung Effizienzgewinne erzielt und Stellen eingespart werden können und deshalb keine neue Stelle für die Nexpo geschaffen werden soll. Wenn mir Felix Moser (Grüne) zugehört hätte, dann hätte er gehört, dass ich die Vorteile der Digitalisierung auch in der Partizipation der Bevölkerung sehe. Die Abläufe sollen ja auch für die Bevölkerung einfacher und effizienter werden, nicht nur für die Verwaltung. Mit der Textänderung der GLP sind wir einverstanden.*

S. 118	15	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT				
	1505	Stadtentwicklung				
	3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
012.	Antrag Stadtrat				4 571 800 Minderheit 1 112 000 N	Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Florian Utz (SP)
			362 000		4 321 800 Mehrheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP)
			112 000		4 571 800 Minderheit 2	Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Shaibal Roy (GLP)
					Abwesend	Alan David Sangines (SP) Referent Minderheit 1
		Begründung:	FDP/SVP: Andere Projekte zugunsten Smart City zurückfahren sowie keine zusätzliche Stelle für NEXPO; Grüne/GLP: Keine zusätzliche Stelle für NEXPO, zuerst soll eine Weisung über die NEXPO dem Gemeinderat vorgelegt werden			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

9 / 10

Antrag Stadtrat / Minderheit 1	(4 683 800)	42 Stimmen
Antrag Mehrheit	(4 321 800)	17 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(4 571 800)	<u>64 Stimmen</u>
Total		123 Stimmen
= absolutes Mehr		62 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Minderheit 2 zugestimmt.

2022. 2019/509

**Postulat von Yasmine Bourgeois (FDP), Elisabeth Schoch (FDP) und 6 Mitunterzeichnenden vom 27.11.2019:
Bericht zu den vereinfachten Verwaltungsabläufen und den eingesparten Kosten im Rahmen der Umsetzung von «Smart Government»**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Yasmine Bourgeois (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1942/2019).

Walter Angst (AL) stellt namens der AL-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2019/388, Beschluss-Nr. 2020/2019, Antrag Nr. 012.

Isabel Garcia (GLP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert, ~~einen~~ im Rahmen seines Geschäftsberichts Bericht zu erstatten, wie im Rahmen der Digitalisierung und der Erwartungen an eine «smarte» City Verwaltungsabläufe vereinfacht worden sind und werden und in welchen Verwaltungsabteilungen in der Folge Kosten eingespart werden können.

Yasmine Bourgeois (FDP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 55 gegen 67 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

10 / 10

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat